

Den USA passt der Menschenrechtsrat nicht

rte. New York, 13. März

Vergeblich haben Diplomaten an der Uno bisher versucht, die USA zu einem Einlenken zur Schaffung eines Menschenrechtsrates zu bewegen. Der amerikanische Botschafter Bolton beharrt darauf, dass eine bessere Lösung als der vom Präsidenten der Generalversammlung Jan Eliasson ausgearbeitete Vorschlag gefunden werden könne. Der Resolutionstext, der zur Abstimmung bereit liegt und nach dem ein stärkerer Rat die Menschenrechtskommission ersetzen soll, garantiert nach Ansicht der USA keine wirksame Stärkung der Menschenrechte. Die USA sind neben Kuba das einzige Land, das den Vorschlag Eliassons bekämpft. Die USA hätten vergeblich versucht, Neuverhandlungen in die Wege zu leiten, sagte Bolton.

Genau dies hatte die überwältigende Mehrheit der Uno-Mitglieder zu vermeiden gehofft. Schon vor Wochen hätten sie dem Papier zustimmen und die Auflösung der Kommission einleiten können, doch die USA behinderten die Verhandlungen durch zähes Beharren auf ihrer Position. Bolton sieht seine Rolle jedoch nicht als Blockierer, sondern als Vorkämpfer. Er habe versucht, die Europäer davon zu überzeugen, nach einer möglichst dramatischen Stärkung der Menschenrechte zu streben. Sollte diese mangelhafte Resolution akzeptiert werden, würde sich in den Menschenrechtsmechanismen der Uno für lange Zeit nichts mehr bewegen, und man verpasse die Chance, wirkliche Veränderungen einzuleiten, sagte der amerikanische Botschafter. Die USA insistieren darauf, dass die Mitglieder des Rates von der Generalversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden sollten, nicht wie vorgeschlagen mit der absoluten Mehrheit. Zudem dürften Länder, über die der Sicherheitsrat Sanktionen verhängt hat, nicht Mitglied des Gremiums werden, um sicherzustellen, dass Menschenrechtsverletzer keinen Einsitz im Rat finden. Darüber hinaus sind die Amerikaner gegen eine Beschränkung der Mitgliedschaft auf zwei Amtszeiten, weil diese Bestimmung die dauernde Teilnahme der Amerikaner im Rat verunmöglichen würde. Ohne Amerika, das habe sich in der Kommission gezeigt, leide die Arbeit des Menschenrechtsgremiums, sagte Bolton.

Noch keine Totgeburt

Damit ist der Menschenrechtsrat aber noch keine Totgeburt. Das Schlussdokument des Uno-Gipfeltreffens im September räumt den Uno-Diplomaten ein Jahr ein, um den Rat auf die Beine zu stellen. Zwar will Eliasson Anfang diese Woche die Generalversammlung einberufen, dass es dabei zu einem Kompromiss in letzter Minute kommen wird, scheint aber nicht realistisch. Allgemein wird angenommen, dass die Diskussion nach der sechswöchigen Tagung der Kommission wiederaufgenommen wird.

Über die Motive für die Sturheit der Amerikaner wird viel spekuliert. Dass sie das Projekt Menschenrechtsrat völlig abschiessen wollen, weist Bolton weit von sich. Beobachter vermuten, dass Bolton mit einem Ja der USA zum Rat die Durchsetzung amerikanischer Vorstellungen bei der Verwaltungsreform der Uno einhandeln will. Auch in diesen Verhandlungen sind viele Forderungen der USA umstritten.